



32. Sitzung des Gemeinderates

Datum, Zeit	Montag, 30. Mai 2022, 19:00 Uhr bis 20:22 Uhr
Ort	Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Ivo Hasler (SP), Gemeinderatspräsident
Anwesend	32 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Tanja Boesch (Die Mitte/EVP) Daniel Burkhardt (SVP/EDU) Ariane Egli (FDP) Daniel Egli (SVP/EDU) Burkhard Huber (glp/GEU) Benedikt Stockmann (Die Mitte/EVP) Patrick Walder (SVP/EDU) Theo Zobrist (SP) Martin Bäumle, Finanzvorstand Martin Kunz, Stadtschreiber
Protokoll	Edith Bohli, Gemeinderatssekretärin
Stimmenzähler	Angelika Murer Mikolasek: Bereich glp/GEU und SP/Grüne Oliver Kellner: Mitte inkl. Bürotisch Bruno Eggenberger: Bereich SVP



Traktanden

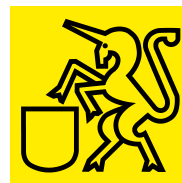
1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigungen
 - 2.1. Protokollgenehmigung der 30. Sitzung vom 7. März 2022
 - 2.2. Protokollgenehmigung der 31. Sitzung vom 4. April 2022
3. Projektgenehmigung Erstellung von Schwemmholzrechen beim Sagentobelbach, Standorte Tobelacher und Rifacher und Bewilligung Nettokredit von Fr. 900'000.00
GR Geschäft Nr. 2/2022
4. Alters- und Spitexzentrum IMWIL; Wartungsvertrag mit der Firma Hälgi & Co. AG
GR Geschäft Nr. 7/2022
5. Postulat Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU) und 17 Mitunterzeichnende „Elternbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung“ / Aufrechterhaltung
GR Geschäft Nr. 61/2019
6. Dringliche Interpellation Paul Steiner (SVP/EDU) und 9 Mitunterzeichnende «Abteilung Hochbau» / Beantwortung
GR Geschäft Nr. 4/2022
7. Dringliche Interpellation André Csillaghy (SP) und 9 Mitunterzeichnende «Flüchtlingshilfe Dübendorf» / Beantwortung
GR Geschäft Nr. 12/2022

1. Mitteilungen

Mitteilungen des Gemeinderatspräsidenten

Gemeinderatspräsident Ivo Hasler (SP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates, des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum – welches die Sitzung im Saal und per Livestream verfolgt – zur 32. Sitzung der Legislaturperiode 2018-2022.

Gemeinderatspräsident Ivo Hasler (SP) orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde. Die Akten zu den Geschäften sind zur Einsicht bereitgestanden. Es werden keine Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden erhoben.



Neu überwiesene Geschäfte

Der Stadtrat hat seit der letzten Sitzung folgende Sachgeschäfte dem Gemeinderat überwiesen:

- Entschädigungsverordnung Stadt Dübendorf, Totalrevision
- IMWIL Alters- und Spitexzentrum: Kreditabrechnung zur Umnutzung der Station B0 im ASZD zu einer gerontopsychiatrischen Abteilung

Die beiden Geschäfte werden von der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission zuhanden des Gemeinderates vorberaten.

Beantwortete politische Vorstösse

Antworten vom Stadtrat sind auf folgende politische Vorstösse beim Ratsbüro eingegangen:

- Dringliche Interpellation von Paul Steiner (SVP/EDU) und 9 Mitunterzeichnende «Abteilung Hochbau»
- Dringliche Interpellation André Csillaghy (SP) und 9 Mitunterzeichnende: «Flüchtlingshilfe Dübendorf»
- Postulat Stefanie Huber (glp/GEU) und 9 Mitunterzeichnende: Vorgehen bezüglich Gesamtsanierung/Erweiterung Schulhaus Stägenbuck bezüglich Denkmalschutz
- Schriftliche Anfrage André Csillaghy (SP) über den Aufbau der Sozialkommission
- Schriftliche Anfrage Theo Zobrist (SP): «Anordnung von Gemeindeabstimmungen»
- Schriftliche Anfrage Flavia Sutter (GP) zur Adressierung von Post der Stadtverwaltung an Paare

Die dringlichen Interpellationen sind für heute Abend traktandiert. Die Antwort auf das Postulat wird an einer der folgenden Sitzungen behandelt und die schriftlichen Anfragen sind mit der Beantwortung durch den Stadtrat erledigt.

Neu eingereichte politische Vorstösse

Neu eingereicht worden sind seit der letzten Sitzung folgende politischen Vorstösse:

- Dringliche Interpellation Lukas Schanz (SVP/EDU) und 11 Mitunterzeichnende: «Ausschreibung Baurechtsvergabe Entwicklungsareal Leepünt Dübendorf»
- Schriftliche Anfrage Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU): Flugshow an der Love Ride in Kriegszeiten

Die Vorstösse sind dem Stadtrat zur Beantwortung überwiesen worden.

Fraktionserklärungen

Orlando Wyss (SVP/EDU):

"Es mag erstaunlich sein, dass aufgrund einer Anfrage an den Stadtrat eine Fraktionserklärung verlesen wird. Wäre diese Anfrage in Form einer Interpellation erfolgt und im Gemeinderat diskutiert worden, würden wir dies auch nicht machen. Sehr wahrscheinlich erfolgte diese Anfrage auch wegen der nicht gewünschten Diskussion im Gemeinderat nicht in der Form einer Interpellation. Die in der Gender-Stern-Gaga-Form eingereichte und aus diesem Grund sehr wahrscheinlich auch nicht von allen gelesene Anfrage befasst sich mit der Flugshow an der Love Ride in Kriegszeiten.

Wir nehmen positiv zur Kenntnis, dass es der Anfragerin bewusst ist, dass die Love Ride in Dübendorf eine von den meisten Leuten unterstützte und gern gesehene Veranstaltung ist, obwohl dort nicht mit Vehikeln gefahren wird, die mithelfen, dass nach ihrer Ansicht bedrohte Weltklima zu retten. Auch positiv zu werten ist ihre Erkenntnis, dass die Patrouille Suisse in der Schweiz eine äusserst beliebte Institution ist. Doch dann hört es mit der inhaltlichen Übereinkunft bei dieser



Anfrage auf. Als Erstes fragt man sich, ob es in der Gegenwart und auch Vergangenheit einmal eine Zeit ohne Kriege auf dieser Welt gegeben hat.

Die Anfragerin suggeriert auch, dass der Militärflugplatz früher aktiv genutzt wurde und heute nicht mehr. Dies ist falsch. Der heute als Militärflugplatz mit ziviler Mitbenutzung aktiv betriebene Flugplatz hatte 2021 total 16'198 Flugbewegungen, davon waren 12'787 militärische. Sollte der Innovationspark umgesetzt werden, wird aus dem Areal ein ziviler Flugplatz mit militärischer Mitbenutzung. Dies ist aber immer noch ein Luftschloss.

An diesem Sonntagmorgen, als die Flugshow stattfand, war ich in Dübendorf sportlich unterwegs. Überall sah ich am Wegrand staunende und zustimmende Zuschauerinnen und Zuschauer. Wie mir berichtet wurde, waren die Tausenden von Zuschauern am Anlass selbst auch hell begeistert. Wie man hier bei dieser grossartigen Flugshow einen Bezug zu einem Krieg im Ausland herstellen kann, ist doch sehr gesucht. Doch sollten diese gutmenschlich-pazifistisch-träumenden Weltverbesserer einen Zusammenhang dieser tollen Darbietung der Patrouille Suisse an einer gemeinnützigen Veranstaltung mit dem Ukraine-Krieg herzustellen versuchen, muss man diesen in einer Traumwelt Lebenden vor Augen führen, wie die Wirklichkeit tatsächlich ist. Der Schweizer Bevölkerung ist durch den Ukraine-Krieg drastisch aufgezeigt worden, dass wir nach der 1989 durch die herbei phantasierte immerwährende Friedenszeit unsere Armee todgespart haben und uns nun klargeworden ist, dass wir unsere Aufwendungen für die Verteidigung erhöhen müssen. Der Anfragerin müssen wir klar machen, dass das Schweizervolk der Beschaffung von neuen Kampffjets, zwar knapp, aber unmissverständlich zugestimmt hat. Und um auf die Anfrage zurückzukommen. Wir werden amerikanische Kampffjets F-35A Lightning II kaufen und keine Propellerflugzeuge, wie sich das die Anfragerin für die Flugshow beim Love Ride gewünscht hat. Die Darbietungen der Patrouille Suisse und auch die Bereitschaft in neue Kampfflugzeuge zu investieren, gibt unserer Bevölkerung die Gewissheit, dass wir es mit der Landesverteidigung ernst meinen. Und schliesslich ist es gerade die ukrainische Regierung, die um Unterstützung mit schweren Waffen bittet.

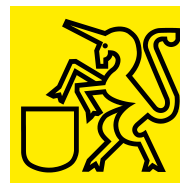
Wir sind zuversichtlich, dass der Stadtrat der Anfragerin die Antwort auf ihre Anfrage in der nötigen Klarheit abgeben wird, aufgrund der Aussage von Martin Bäumle zur Interpellation von Lukas Schanz vom 2. September 2019, nach welcher der Stadtrat immer hinter dem Militärflugplatz Dübendorf und der Luftwaffe gestanden sei. Die SVP erwartet gespannt diese Antwort und ist sich sicher, dass diese im Sinne der begeisterten Zuschauer des Love Ride, einer Veranstaltung für muskelkranke und beeinträchtigte Menschen, ausfallen wird."

Persönliche Erklärung ist für heute Abend keine angemeldet worden.

2. Protokollgenehmigungen

2.1. Protokollgenehmigung der 30. Sitzung vom 7. März 2022

Zum Protokoll der 30. Gemeinderatssitzung vom 7. März 2022 sind beim Gemeinderatspräsidenten keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit, in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, genehmigt.



2.2. Protokollgenehmigung der 31. Sitzung vom 4. April 2022

Zum Protokoll der 31. Gemeinderatssitzung vom 4. April 2022 sind beim Gemeinderatspräsidenten keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit, in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, genehmigt.

3. **Projektgenehmigung Erstellung von Schwemmholzrechen beim Sagentobelbach Standorte Tobelacher und Rifacher und Bewilligung Nettokredit von Fr. 900'000.00 GR Geschäft Nr. 2/2022**

Sprecher GRPK, Thomas Maier (glp/GEU)

"Gerne stelle ich Ihnen im Namen der GRPK kurz das Geschäft zur Projektgenehmigung zur Erstellung eines Schwemmholzrechens beim Sagentobelbach vor. An zwei Standorten, Tobelacher und Rifacher, sollen dort zwei Rechen gebaut werden, die den Weiler Stettbach bachabwärts vor Hochwasser schützen sollen. Wir haben hierzu im Gemeinderat einen Nettokredit von Fr. 900'000.- zu bewilligen.

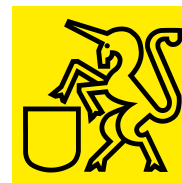
Um was geht es inhaltlich?

Im Gerinne des Sagentobelbachs sammeln sich grosse Mengen an Grün- und Totholz, die bei Hochwasserabflüssen bachabwärts verfrachtet werden können. Das Abflussprofil wird durch zahlreiche Brücken und Durchlässe teilweise stark eingeschränkt und das Hochwasserereignis vom 3. Juli 2012 hat gezeigt, dass es im Siedlungsgebiet von Stettbach zu Ausuferungen und Überschwemmungen kommen kann, und zwar bereits bei Abflüssen, die alle 20-40 Jahre auftreten können.

2013 wies der Kanton die Stadt Dübendorf auf die Schwachstellen der Naturgefahren im Sagentobelbach hin. Die erarbeiteten Massnahmen müssen innert 10 Jahren umgesetzt sein. Da in Stettbach die Möglichkeiten für raumplanerische Massnahmen stark eingeschränkt sind, stehen am Sagentobelbach einerseits Massnahmen im Unterhalt und andererseits bauliche Massnahmen im Vordergrund.

Der Stadtrat bewilligte 2015 einen Kredit in der Höhe von Fr. 87'000.00 zur Erarbeitung der Grundlagen und eines Rückhaltekonzeptes mit einem oder mehreren sinnvollen Standorten für Schwemmholzrechen, um das Hochwasserrisiko in Stettbach einzudämmen. 2017 wurde ein Kredit in der Höhe von Fr. 270'000.00 bewilligt. Damit wurden ein Unterhaltskonzept für den Sagentobelbach erarbeitet, Modellversuche durchgeführt und ein Projekt für Schwemmholzrechen an zwei Standorten erarbeitet. Das Unterhaltskonzept ist bereits umgesetzt. Mit der vorliegenden Weisung beantragt nun der Stadtrat dem Gemeinderat die Umsetzung der geplanten Hochwasserschutzmassnahmen mit durchs AWEL ergänzten ökologischen Ausgleichsmassnahmen.

Kurz zusammengefasst ist am unteren Ende des Sagentobels, oberhalb des Gfellergruts, ein Hauptrechen geplant, der bis 400m³ Lockervolumen aufnehmen kann. Modellversuche ergaben, dass ein Schrägrechen an diesem Standort am besten geeignet ist. Als Nebenrechen für das Zwischeneinzugsgebiet und den Seitenbach ist kurz vor Stettbach nach der markanten Rechtskurve beim Böszelg, ein V-Rechen geplant, der bis 100 m³ Lockervolumen aufnehmen kann. Für beide Projekte ist die Erstellung von Unterhaltswegen und Böschungssicherungen notwendig. Das Unterhaltskonzept wird nach der Realisierung entsprechend angepasst und liegt beim Tiefbau. Total fallen Kosten von Fr. 1'640'000.- an, die sich auf die beiden Standorte der geplanten Rechen verteilen und alle Vorarbeiten beinhalten. Der Bund und der Kanton beteiligen sich mit 45% an den Kosten, womit für die Stadt Dübendorf Nettokosten von Fr. 900'000.- verbleiben. Die einmaligen Kosten sind in Finanzplan und Budget vorgesehen. Die Folgekosten (Unterhalt) belaufen sich auf Fr. 23'000.- und werden ab Realisierung im Budget vorgesehen.



Für die GRPK steht fest, dass der Handlungsbedarf zum Hochwasserschutz klar ausgewiesen ist und die entsprechenden Schwachstellen so rasch wie möglich behoben werden müssen. Die gewählten baulichen Massnahmen sind schlüssig und nachvollziehbar hergeleitet sowie präzise und ausführlich dokumentiert. Die Anpassungen der Flurwege gemäss dem effektiven Bachverlauf sind ebenfalls nachvollziehbar und sinnvoll. Die Kosten erscheinen aufgrund der Unterlagen der Grösse des Projektes und der geplanten Massnahmen angebracht.

Die GRPK traf verschiedene Abklärungen. Die GRPK stellte richtigerweise fest, dass in der Investitionsplanung gegenüber dem beantragten Nettokredit von Fr. 900'000.00, Fr. 90'000.00 zu wenig eingestellt sind und dies im Rahmen des nächsten Budgetprozesses für das Jahr 2023 vorgenommen, resp. ergänzt und korrigiert werden muss. Weiter musste leider offenbar die Ablehnung einer Kostenbeteiligung der Stadt Zürich "moralisch zähneknirschend" zur Kenntnis genommen werden. Da die Bachstrecke auf Zürcher Boden keine Hochwasserproblematik aufweist, gibt es aus rechtlicher Sicht für die Stadt Zürich auch keinen Handlungsbedarf - nur für die Stadt Dübendorf. Und es gibt rechtlich auch keine Möglichkeit, dass eine Beteiligung der Stadt Zürich erwirkt werden könnte.

Gerne möchte ich noch einige Worte zur Projektdauer verlieren, die in der GRPK ebenfalls ein Thema war. Offensichtlich ist es heute in der Schweiz ein Fakt, dass von der Erkenntnis eines dringenden Handlungsbedarfs (im Jahr 2012 mit dem Hochwasser) bis zur Realisierung ein ganzes Jahrzehnt vergeht. Natürlich gibt es dafür, wie immer, viele Gründe: Die Planung eines solchen Vorhabens (Prozesse, Bewilligungen, Planaufgaben, etc.) ist in der Schweiz mittlerweile ziemlich komplex geworden. Diverse Stellen auf allen politischen Ebenen arbeiten mit und müssen schlussendlich ebenfalls einverstanden sein. Es brauchte eine Studie mit Varianten, ein Vorprojekt, ein Bauprojekt, ein Auflageprojekt, sowie ein Ausführungsprojekt. Alles setzt viel Koordination und Abklärungen zwischen dem Kanton, den Grundeigentümern und weiteren Beteiligten voraus.

Allein der Bericht über die Modellversuche der Fachstelle Wasserbau der Hochschule für Technik für sich umfasst 104 Seiten. Die ganze Region um den Bach wurde im Massstab 1:20 nachgebaut und diverse mögliche bauliche Massnahmen (verschieden Rechenarten) im Modell mit Wasser und Schwemmholz getestet. Vielleicht müssen wir uns alle hier einmal Gedanken machen, ob das in Zukunft nicht schneller und effizienter ginge.

Fazit

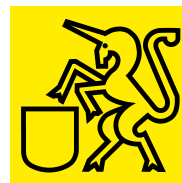
Alle Fragen der GRPK bei der Prüfung des Geschäftes konnten zufriedenstellend beantwortet werden. Der Handlungsbedarf ist klar ausgewiesen.

Die GRPK beantragt dem Gemeinderat einstimmig Zustimmung zum vorliegenden Geschäft."

Stellungnahme Stadtrat, Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)

"Ich möchte zuallererst meinem Vorredner, der dies brillant vorgetragen hat und alles sehr klar und deutlich veranschaulicht hat, und der GRPK danken. Und bitte Sie dann nachher dem Projekt zuzustimmen.

Ich möchte noch einen Punkt schnell aufnehmen: Die Zeitdauer. Es ging acht Jahre und ein Monat, das ist richtig. Es ist sehr lange gegangen. Aber wenn ich gesehen habe und Thomas Meier hat es aufgezählt, was wir für Auflagen bekommen haben, was wir alles erbringen mussten, ist dies vielleicht etwas nachvollziehbar. Und es tönt schon einfach: Wir bauen einen Rechen. Aber die wesentlichste Erkenntnis z.B. in diesem Modellversuch war es, dass man den Rechen nicht frontal reinstellt, sondern dass man diesen abgeschrägt reinstellen muss. Die Versuche wiesen diverse Resultate aus, die sehr wichtig waren, denn am Schluss geben wir etwa Fr. 1.6 Mio aus, von denen Dübendorf nur



ungefähr Fr. 900'000 trägt, aber das ist trotzdem sehr viel Geld und wir müssen die Gewissheit haben, dass das auch funktioniert. Und dies war ein wichtiger Grund, denn aufgrund der Konzepte und Gutachten war dies nicht so klar und deutlich und darum hat man diesen Modellversuch dann gemacht.

Darum: Diese Zeit hat es gebraucht. Wir haben auch diverse Gespräche führen müssen mit Flurgenossenschaften mit Flurwegbereinigungen. Und ich kann Ihnen eines sagen: Ämter, wenn Sie sehen, wie viele Ämter involviert sind, dann bekommt man schon ein paar graue Haare. Und sicher verbrauchten wir auch noch etwas Zeit, das nehme ich gern ein wenig auf mich, aber wir haben noch etwas mit der Stadt Zürich gestritten, weil das wollte mir mein Kopf noch nicht begeben, dass wir da einfach den Kopf senken und das entgegennehmen, sondern wir versuchten, uns dort zu wehren und etwas hinzubringen. Darum vielleicht das Zähneknirschen, welches Thomas Meier am Anfang erwähnt hat.

Ich bitte Sie, dem Kredit zuzustimmen. Danke vielmal."

Diskussion

Es gibt keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Somit kommen wir zur Abstimmung über das Projekt zur Erstellung eines Schwemmholzrechen beim Sagentobelbach mit Bruttokosten von Fr. 1.64 Mio. und Nettokosten zu Lasten der Stadt Dübendorf von Fr. 900'000.

Das vorliegende Projekt wird mit 31 zu 0 Stimmen genehmigt.

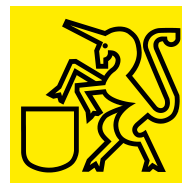
Beschluss

Der Gemeinderat beschliesst

1. Dem Projekt Erstellung von Schwemmholzrechen beim Sagentobelbach, Standort Tobelacher und Rifacher, mit Bruttokosten von Fr. 1'640'000.00 und Nettokosten zu Lasten der Stadt Dübendorf von Fr. 900'000.00 wird zugestimmt.
2. Der benötigte Nettokredit von Fr. 900'000.00 wird bewilligt.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.
4. **Alters- und Spitexzentrum IMWIL; Wartungsvertrag mit der Firma Hälg & Co. AG
GR Geschäft Nr. 7/2022**

Sprecher GRPK, Thomas Maier (glp/GEU)

"Gerne stelle ich Ihnen im Namen der GRPK kurz das Geschäft zum Wartungsvertrag mit der Firma Hälg & Co. für unser Alters- und Spitexzentrum IMWIL vor. Wir haben hierzu im Gemeinderat jährlich wiederkehrende Kosten von Fr. 32'245.40 für die Wartung der Heizung und Lüftungsanlagen zu bewilligen.



Inhalt

Im Haus D im IMWIL ist die Garantiezeit für sämtliche Anlagen ausgelaufen und es muss weiterhin eine möglichst lange und störungsfreie Lebensdauer der Anlagen für die Lüftung und Heizung gewährleistet werden können. Dazu braucht es eine regelmässige Wartung und Kontrolle. Die Firma Hälg & Co. AG hat einen grossen Teil dieser Anlagen erstellt und bietet nach Ablauf der Garantie eine umfassende Wartung auf sämtlichen Anlagen inkl. Lüftung an.

Die Stadt schätzt die Firma Hälg & Co. AG offenbar als sehr zuverlässigen Partner, welcher die Anlagen schon bestens kennt. Im neuen Wartungsvertrag mit der Firma Hälg & Co. AG ist neu auch die Lüftung inkludiert. Diese Wartung lief bis anhin über eine andere Firma. Aufgrund der nicht immer reibungslosen Zusammenarbeit mit den Technikern sowie dem Kundendienst, wurde dieser Vertrag per 31.12.2021 gekündigt. Zudem ist die Offerte der Firma Hälg & Co. AG für die Wartung der Lüftung günstiger als es der bisherige Vertrag mit der anderen Firma war.

Mit dem neuen Vertrag sind nun sämtliche Anlagen des IMWIL Alters- und Spitexzentrum abgedeckt und alle Leistungen kommen aus einer Hand.

Abklärungen der GRPK

Die GRPK wollte im Rahmen ihrer Behandlung von der Stadt wissen, wie weit die Stadt durch den eigenen technischen Dienst Unterhalts- und Wartungsarbeiten selber abdecken kann. Die Stadt verfügt im technischen Dienst IMWIL über Profile wie Fachmann Betriebsunterhalt, Hauswart BP, Elektriker, Maler oder Automechaniker.

Mögliche Eigenleistungen durch den eigenen technischen Betrieb sind gemäss Antwort des Stadtrates berücksichtigt und konnten aus den ersten Versionen des Wartungsvertrages gestrichen werden. Dies umfasst Tätigkeiten im Wert von gut Fr. 15'000, die nicht mehr Teil des Wartungsvertrages sind. Beispiele dafür sind die Wartung der Solaranlage, die Wartung der 34 Erdsonden zur WP (Prüfung, Sichtkontrolle und Reinigung Erdsondenschacht, etc.) oder die Gebäudeautomation. Der Rest der Arbeiten kann gemäss Auskunft des Stadtrates nicht selbst ausgeführt werden und ist somit Bestandteil des Wartungsvertrages.

Fazit

Die GRPK hat die Unterlagen geprüft – sie sind alle vollständig und korrekt. Die Firma Hälg & Co. ist breiter bekannt für ihre Services und es sind der GRPK keine negativen Bewertungen bekannt. Die Auswahl der Firma ist nachvollziehbar, da sie bereits einen grossen Teil der Anlagen gebaut hat oder die entsprechenden Aufträge dazu vergab. Ebenso erhält das Alters- und Spitexzentrum IMWIL mit der Wahl der Firma eine Wartungslösung aus einer Hand. Der Preis von Fr. 32'245.40 erscheint uns angemessen und ist im Budget enthalten.

In diesem Sinne beantragt die GRPK dem Gemeinderat einstimmig Zustimmung zum Geschäft."

Stellungnahme Stadtrat, Sozialvorständin Jacqueline Hofer (SVP)

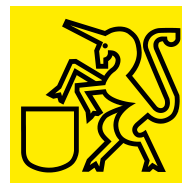
"Der Stadtrat dankt der GRPK für ihre Arbeit, die genaue Prüfung und Würdigung des vorliegenden Geschäftes und den konstruktiven Austausch.

Ebenfalls danke ich Gemeinderat Thomas Maier für seine hervorragenden Ausführungen.

Der Stadtrat beantragt, den Wartungsvertrag mit der Firma Hälg & Co. AG und die jährlich wiederkehrenden Kosten von Fr. 32'245.40 zu genehmigen."

Diskussion

Keine.



Abstimmung

Somit kommen wir zur Abstimmung über die Genehmigung des Wartungsvertrags mit der Firma Hälg & Co. AG und die Bewilligung der jährlich wiederkehrenden Kosten von Fr. 32'245.40.

Das vorliegende Geschäft wird mit 31 zu 0 Stimmen genehmigt.

Beschluss

Der Gemeinderat beschliesst

1. Der Wartungsvertrag mit der Firma Hälg & Co AG wird genehmigt.
2. Die jährlich wiederkehrenden Kosten von Fr. 32'245.40 werden bewilligt.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

5. **Postulat Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU) und 17 Mitunterzeichnende „Elternbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung“ / Aufrechterhaltung GR Geschäft Nr. 61/2019**

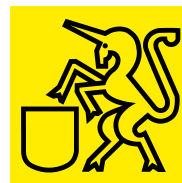
Gemeinderatspräsident Ivo Hasler (SP)

Der Gemeinderat hat an seinen Sitzungen vom 2. März 2020 und 7. Juni 2021 gestützt auf einen Zwischenbericht des Stadtrates der Aufrechterhaltung des Postulates zugestimmt. Der Stadtrat hat am 17. März 2022 dem Gemeinderat erneut einen Beschluss mit einer ergänzenden Beantwortung überwiesen und in Aussicht gestellt, dass der Bericht und Antrag zum Postulat bis spätestens am 30. November 2022 vorliegen. In seinem Beschluss vom 17. März 2022 beantragt der Stadtrat weiterhin die Aufrechterhaltung des Postulats.

Stellungnahme Postulantin, Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU)

"Das vorliegende Postulat ist inzwischen über drei Jahre alt. Darum möchte ich kurz zusammenfassen, worum es geht: Ziel des Postulats war eine Anpassung des Elternbeitragsreglements für die familienergänzende Kinderbetreuung, so dass sich die Erwerbstätigkeit von Eltern in Dübendorf besser lohnt, so wie das auch in anderen Gemeinden der Fall ist, und Eltern nicht deshalb auf Erwerbstätigkeit verzichten, weil sie aufgrund der hohen Kinderbetreuungskosten draufzahlen würden. Wir haben in unserem Postulat aufgezeigt, wo die Problempunkte liegen, weshalb unser jetziges System Mängel aufweist. So haben wir vor allem festgestellt, dass unter anderem die mangelnde Berücksichtigung von Geschwisterkindern sowie die fehlende Berücksichtigung des geleisteten Arbeitspensums der Eltern dazu führt, dass sich Erwerbstätigkeit für Familien mit mehreren Kindern und bei Pensen über 140% nicht mehr lohnt bzw. die Eltern je nach Einkommen tausende Franken jährlich draufzahlen müssten, wenn sie beide im Beruf bleiben wollen.

Der Stadtrat hat auf das Postulat hin verschiedenste Abklärungen getroffen und dann eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Im Dezember 2021 wurde beschlossen, einen grundsätzlichen System- und Zuständigkeitswechsel vorzunehmen und eine Beitragsverordnung zu Händen des Gemeinderats zu erarbeiten. Insbesondere soll dabei neu auf das steuerbare Einkommen abgestellt werden, womit einem unserer Kernanliegen Rechnung getragen wird: So wird nämlich über den Steuerabzug pro Kind die Haushaltgrösse, also die Anzahl Kinder in der Familie, automatisch bei der Einkommensberechnung mitberücksichtigt. Da es auch beim Tageselternverein eine Änderung gibt – dieser wird



aufgelöst und Dübendorf tritt dem Verein Tagesfamilien Zürcher Oberland bei – werden auch diese Beitragstabellen in das neue System integriert.

Der Stadtrat zeigt nun auf, wie es weitergeht: Es stehen verschiedene Abklärungen an zu den finanziellen Auswirkungen, die Zeit brauchen. Zudem muss die Auflösung des Tageselternvereins Dübendorf und der Beitritt in den Verein Tagesfamilien Zürcher Oberland erfolgen. Bis Ende November 2022 will der Stadtrat die neue Beitragsverordnung und das Beitragsreglement sowie die Beitragstabelle verabschieden, so dass dies bis Ende März 2023 in den Gemeinderat zur Verabschiedung kommen wird und dann per 1. Januar 2024 in Kraft treten kann.

Auch wenn wir anfänglich nicht begeistert darüber waren, dass alles so lange dauert, so sind wir nun doch dankbar um all die Abklärungen. Diese zeigen nämlich, dass unser Postulat richtig und wichtig war. Die Notwendigkeit einer Anpassung wurde damit vom Stadtrat für alle nachvollziehbar dargelegt. Ich gehe davon aus, dass das nun nicht mehr ernsthaft bestritten werden kann und wir uns nun mit der konkreten Umsetzung befassen können.

Die Erläuterungen des Stadtrats zeigen, dass eines unserer wichtigsten Anliegen (Berücksichtigung der Geschwisterkinder) aufgenommen wird durch den Systemwechsel. Nicht explizit erwähnt hat der Stadtrat, wie die Höhe des Erwerbsspensums in die neue Berechnung einfließen wird. Damit das hier auch nochmal gesagt ist: Ich erwarte, dass der Stadtrat sich bei der Überarbeitung auch damit auseinandersetzen wird.

Als Fazit könnte man wohl sagen: Was lange währt, wird endlich gut. Wir begrüßen die inzwischen klare Strategie und geplante Umsetzung des Stadtrats und sind optimistisch, dass die Sache nun auf dem richtigen Weg ist. Nun erwarten wir, dass der Stadtrat das Thema gemäss dem angekündigten Zeitplan umsetzt, so dass die Lösung dann auch wirklich per 1. Januar 2024 in Kraft treten kann und die Familien so, die schon lange nötige Entlastung endlich erhalten."

Stellungnahme Stadtrat, Stadtpräsident André Ingold (SVP)

"Ich danke der Postulantin für Ihr Votum.

"Der Stadtrat hat entschieden, dass wir auf die Forderung der Postulantin eingehen wollen und das Elternbeitragsreglement überarbeiten werden. Der Stadtrat hält aber auch fest, dass das heute gültige Reglement keine grösseren Mängel aufweist und sehr gut akzeptiert ist. Die grösste Änderung beim neuen Reglement ist die Bemessung des Einkommens. Neu wird vom Bruttoeinkommen auf das steuerbare Einkommen umgestellt. Weitere Klärungen stehen noch an und die Arbeitsgruppe muss noch einige koordinative Arbeiten vornehmen. Aus diesem Grunde hoffen wir, dass wir den ehrgeizigen Zeitplan auch einhalten können.

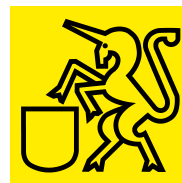
In diesem Sinne wird dem Gemeinderat die Aufrechterhaltung des Postulates beantragt."

Diskussion

Lukas Schanz (SVP/EDU)

"Bereits in meinem letzten Referat zur Aufrechterhaltung des Postulats habe ich ausführlich erläutert, dass die SVP/EDU-Fraktion die finanzielle Verantwortung für Kinder bei den Eltern und nicht beim Staat sieht. Wir haben Mühe, wenn es finanziell lohnend sein muss, wenn man Kinder haben will. Aber offenbar sind da die anderen Fraktionen im Rat anderer Meinung und die Allgemeinheit soll für die Fremdbetreuung der Kinder aufkommen.

Ich hoffe, die Kinder von jenen, die das Postulat unterzeichnet haben, lesen das Postulat nie im Detail. Ich hätte Mühe, wenn ich ein Dokument meiner Eltern sehen würde, welches Sätze wie "...Bei einem



40 %-Pensum resultiert gerade mal ein Ertrag von rund Fr. 700.00, womit aufgrund erhöhter Steuerlast ebenfalls ein Minus-Saldo verbleibt..." oder "...sich ein höheres Erwerbspensum der Familie ... nicht mehr lohnt..." enthält. Wenn so die Familienplanung gemacht wird, sehe ich schwarz für unsere Zukunft. Da bleibt eigentlich nur die Hoffnung, dass den Kindern in den Betreuungsangeboten andere Werte vermittelt werden, als dass offenbar die Unterzeichner des Postulats gemacht wird. Dass für die Kinder vor allem die Zeit mit den Eltern wohl das Wichtigste ist, wird komplett ausgeblendet und es geht nur noch ums Geld. Das sind nicht die Werte, welche die SVP/EDU-Fraktion vertritt.

Immerhin wollen die Unterzeichner, dass das bestehende Kostendach nicht überschritten werden soll, das begrüßen wir. Insbesondere auch, weil die GLP sich auch für die Leistungsüberprüfung und die Schuldenbremse stark gemacht hat.

Dass man auf das steuerbare Einkommen abstellen soll, sehen wir überhaupt nicht. Das heutige System ist aus einem politischen Kompromiss entstanden, der noch nicht so alt ist. Wenn man auf das steuerbare Einkommen abstellt, dann haben die Familien, welche Geld haben, um z.B. eine Liegenschaft zu sanieren, was man von den Steuern abziehen kann, und Einkäufe in die Pensionskasse zu tätigen, einen riesigen Vorteil. Das sind nicht die Familien, die man entlasten muss.

Der Stadtrat hat in seiner Antwort vom 17. März 2022, wie bereits gehört, den Zeitplan bekannt gegeben und wird im November die Beitragsverordnung und das Beitragsreglement verabschieden. Die SVP/EDU-Fraktion wird wie bei der letzten Abstimmung nicht gegen die Aufrechterhaltung des Postulats stimmen, sondern sich der Stimme enthalten, weil sich der Gemeinderat schon einmal mit einer Mehrheit für die Aufrechterhaltung ausgesprochen hatte."

Stefanie Huber (glp/GEU)

"Es gibt etwas, das kann ich so nicht stehen lassen. Ich bin sonst nicht die, welche Diskussionen zwingend verlängert, aber dass wir sagen, die Kinder müssen sich finanziell lohnen, das kann ich nicht stehen lassen. Arbeit soll sich lohnen. Und ich glaube, das ist eigentlich, wenn man unsere Texte liest, genug deutlich, dass dies herauskommen sollte. Und das muss ja gerade im Sinn der SVP sein, dass sich Arbeiten lohnt. Das ist ein Anreiz, den ihr unterstützen müsstet. Ich muss – glaube ich – nicht Stichworte wie Fachkräftemangel und ähnliches bringen. Genau dies müsste in eurem Sinn sein, dass man das interne Arbeitspotential in der Schweiz ausnutzt. Ich glaube, mehr muss ich wirklich nicht mehr sagen."

Hanna Baumann (SP/GP)

"Ich freue mich, noch ein letztes Mal in diesem Rat ein Votum für die Fraktionen SP und Grüne zu halten zu einem Thema, das mir wichtig ist.

Der Stadtrat schlägt in seiner zweiten Beantwortung des Postulats „Elternbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung“ vor, eine ganzheitliche Überarbeitung des Elternbeitragsreglements samt zugehöriger Beitragsverordnung in Angriff zu nehmen. Dabei zeichnet sich ein System- und Zuständigkeitswechsel ab, weil auch die Beitragsverordnung revidiert wird, welche in der Zuständigkeit des Gemeinderates ist.

Das Vorgehen des Stadtrats, unter Einbezug einer fachlichen Arbeitsgruppe auf der Schnittstelle Soziales und der Schulergänzenden Betreuung eine Revision des aktuellen Beitragsreglements voranzutreiben, stösst bei uns auf Zustimmung. In diesem Zusammenhang erinnere ich gerne an unsere Stellungnahme anlässlich der GR-Sitzung vom 7. Juni 2021 zum selben Geschäft, in welcher wir auf die vergleichende Studie der CS zu Subventionen in der Kinderbetreuung schweizweit verwiesen haben. Vom Fazit aus der Stellungnahme vor einem knappen Jahr bleibt alles aktuell: Wir begrüßen die angestrebte Revision und finden es spannend, wie dabei das gleichbleibende und das erweiterte Kostendach für Subventionen ermittelt wird. Wie bei der Gemeinde Dietikon, welche als Musterbeispiel analysiert wurde, erwarten wir, dass dadurch mehr Familien mit bescheidenem Budget



bei den Subventionen berücksichtigt werden. Denn das bedeutete zusätzlich zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch mehr Chancengleichheit für die Kinder.

Bezugnehmend auf die Motion Verbesserung der Deutschkenntnisse im Kindergarten und in der Schule wird klar, wie wichtig es ist, dass auch weniger Verdienende ihre Kinder im Vorschulalter in die KiTa oder zur Tagesmutter bringen können. Denn die Förderung der Sprachkompetenz ist im frühen Kindesalter besonders effektiv und in der Kindertagesstätte noch wirkungsvoller als in den Spielgruppen, die nur zwei bis zweieinhalb Stunden dauern. Dieser Tatsache möge die neue Beitragsverordnung und das Beitragsreglement Rechnung tragen. Bekanntlich lohnt sich eine frühe Förderung der Sprachkompetenzen, da dadurch später weniger kostspielige Therapien, Deutschkurse und Sonderschulprogramme bezahlt werden müssen.

Da sich der Tagesmütterverein Dübendorf per 31. März 2022 aufgelöst hat und eine Übergangslösung mit den Tagesfamilien Zürcher Oberland (TFZO) aufgelegt ist, bietet sich an, dieselben Bestimmungen für die Subventionen an die Kinderbetreuung durch den Verein TFZO wie auch durch diejenige in KiTas anzuwenden. In beiden Angeboten geht's ja letztlich um dasselbe: die Kinderbetreuung tagsüber zur Entlastung der Eltern.

Offenbar zeigt sich, dass für die Ermittlung des gleichbleibenden und des erweiterten Kostendachs mehr und andere Angaben der antragsstellenden Eltern nötig sind als bisher. Aktuell müssen deshalb mehr Dokumente und Unterlagen als je zuvor eingereicht werden. Wir verstehen die Notwendigkeit, dass mehr Daten erforderlich sind in dieser Übergangszeit. Jedoch verstehen wir nicht, weshalb die Eltern nichts über die Hintergründe des ausführlichen Formulars erfahren. Mehr Kommunikation diesbezüglich halten wir für wünschenswert.

Wie die Beitragsverordnung und das Elternbeitragsreglement in der neuen Fassung letztlich herauskommen, ist noch nicht so klar. Umso mehr bitten wir um möglichst viel Transparenz, bevor sich der Gemeinderat Ende Jahr nochmals mit der Thematik befasst. In der Diskussion muss klarwerden, wem die neue Art der Berechnung der Elternbeiträge zugutekommt. Transparente Kommunikation ist da sehr wichtig.

Wie schon zu Beginn erwähnt, unterstützen wir das vorliegende Postulat, obwohl es von einer Partei kommt, von der wir uns bezüglich Vereinbarkeit von Familie und Beruf mehr Unterstützung erhofft haben. Dass sie unser Postulat ‚Senkung der Elternbeiträge für Mittagstisch und Mittagsbetreuung‘ nicht unterstützt haben, enttäuscht uns sehr. Es ist sachlich schwer nachvollziehbar und lässt Zweifel offen, wie ernst sie es meinen mit der Entlastung der Familien, der Gleichstellung und Chancengleichheit. Zumal es sich im Rahmen der Mittagsbetreuung von Primarschulkindern um kleinere Subventionsbeiträge handelt als bei der Subvention der ganztägigen Betreuung von Vorschulkindern. Womöglich hat die Partei vorwiegend das Wohl der eigenen Wählerschaft im Blick?

Auch das Thema, also die Senkung der Elternbeiträge für Mittagstisch und Mittagsbetreuung, wird die Bevölkerung von Dübendorf weiterhin beschäftigen, und unsere Fraktionen werden nicht lockerlassen, sich sowohl für mehr Chancengleichheit, als auch für Vereinbarkeit von Beruf und Familie einzusetzen."

Abstimmung

Das Postulat «Elternbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung» wird mit 21 zu 0 Stimmen aufrechterhalten.



**6. Dringliche Interpellation Paul Steiner (SVP/EDU) und 9 Mitunterzeichnende
«Abteilung Hochbau» / Beantwortung
GR Geschäft Nr. 4/2022**

Interpellant Paul Steiner (SVP/EDU)

"Für die zeitgerechte Beantwortung meiner dringlichen Interpellation zur Abteilung Hochbau danke ich dem Stadtrat.

Die Interpellation erfolgte im Nachgang zu meiner schriftlichen Anfrage vom 8. April 2021 zum gleichen Thema. Hauptgründe für beide Vorstösse sind unbefriedigende, ja man kann schon sagen besorgniserregende und in sehr wesentlichen Bereichen nicht nachvollziehbare, Zahlen der Abteilung Hochbau.

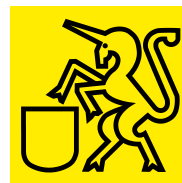
Die Frage 2 der schriftlichen Anfrage vom April 2021 lautete: Wie hoch waren die Kosten Dritter für den Bereich Hochbau pro Jahr in den Jahren 2016 bis 2020. Gemäss damaliger Antwort des Stadtrats betrugen diese zwischen Fr. 423'000 und Fr. 579'000. Dies entspricht den in der Jahresrechnung jeweils ausgewiesenen Zahlen dieser Periode.

Nun antwortet der Stadtrat auf die Frage 3 der Interpellation, dass in diesen Zahlen nicht sämtliche Aufwendungen an Dritte enthalten sind. Er nennt in der Antwort zur Frage 4 massiv höhere Beträge, mit Verweis auf das Bilanzkonto Baudepositen. Zudem weist der Stadtrat auf mögliche Abweichungen zwischen Auswertungen der Kreditoren und den Baudepositen hin sowie auf Verschiebungen innerhalb der Kalenderjahre und bezeichnet sein Buchungssystem selbst als kompliziert. Aus den Antworten des Stadtrates geht hervor, dass zeitlich nicht abgegrenzt wird und Verrechnungen passieren, d.h. nach dem Nettoprinzip gebucht wird.

Gemäss dem Gemeindegesetz und den Buchungsvorschriften nach HRM2 muss aber das Bruttoprinzip angewendet werden. Es stellt sich somit nicht nur die Frage, ob gegen zeitliche Abgrenzungen verstossen wird, sondern auch gegen das Bruttoprinzip und letztlich, ob die Buchhaltung in diesem Bereich ordnungsgemäss geführt wird. Durch diese Art der Buchführung fehlt die Transparenz und eine seriöse Überprüfung der Zahlen ist – wenn überhaupt – nur mit sehr vielen Rückfragen und entsprechend hohem Aufwand möglich. Eine solche Intransparenz kann nicht akzeptiert werden.

Bei der Antwort zur Frage 5 nach den Gesamtüberweisungen an die Gossweiler Ingenieure AG nennt der Stadtrat viel höhere Beträge als die unter den Dienstleistungen Dritter genannten Summen, nämlich z.B. für die 2020 und 2021 jeweils Fr. 1.9 Mio. Da stellt sich die Frage, was neben Dienstleistungen Dritter in den Beträgen enthalten ist. Entstehen diese Kosten für externe Arbeiten, also für faktisch «outgesourcetes Personal»? Wenn ja, stellt sich auch die Frage für Gemeinderat und GRPK, nach der Aussagekraft des Stellenplans im Bereich Hochbau. Bezüglich Korrektheit der Verbuchung und Transparenz bestehen bei den Zahlungen an Gossweiler Ingenieure die gleichen Bedenken, wie bei den Dienstleistungen Dritter. Es stellt sich auch die Frage, ob die vom Gemeinderat beschlossene pauschale Kürzung der Dienstleistungen Dritter auch auf diese Leistungen berücksichtigt wurde. Im Budget wurden diese ja nicht korrekt als Dienstleistungen Dritter ausgewiesen.

Zur Frage 7, nach einer Aufarbeitung der Zahlen der laufenden Legislatur, hätte ich vom Stadtrat eine andere, konstruktivere Antwort erwartet. Die unbefriedigenden, intransparenten Zahlen im Hochbau sind seit Jahren prominentes Thema bei Jahresrechnung und Budget. Die gleiche Unzufriedenheit zu den Zahlen wurde vom Stadtrat selbst bei verschiedenen Gelegenheiten geäussert. Trotzdem antwortet er jetzt sinngemäss, dass er nur auf Nachfrage tätig werden wird/will. Damit macht es sich der Stadtrat zu einfach. Eine dringend notwendige Verbesserung der Situation erfordert, die Fehler der Vergangenheit zu kennen und zu korrigieren, und dafür zu sorgen, dass diese Fehler in Zukunft nicht mehr passieren können.



Wieso die Zahlen als völlig unbefriedigend angesehen werden müssen, zeigt sich in verschiedenen Bereichen. Die in der Jahresrechnung ausgewiesenen Personalkosten betrugen 2016 Fr. 610'000. 2020 waren es bereits Fr. 945'000, ein Plus von Fr. 335'000, also über 50 Prozent mehr. Die Zahlungen an Gossweiler Ingenieure beliefen sich 2018 auf Fr. 1,2 Mio. und in den Jahren 2020 und 2021 betrugen sie jeweils Fr. 1,9 Mio., ein sattes Plus von Fr. 700'000. Diese Kostensteigerungen von über Fr. 1 Mio. pro Jahr werden hauptsächlich mit der sehr hohen Bautätigkeit begründet. Diese Bautätigkeit müsste sich jetzt logischerweise entsprechend auf der Einnahmenseite auswirken, nämlich beim Gebührenertrag. Erstaunlicherweise, oder besser gesagt irritierenderweise, ist dies in keiner Art und Weise der Fall. 2020 betrug der Gebührenertrag bekanntlich nur Fr. 42'000. 2021 sind es jetzt rund Fr. 160'000, das bei 362 abgerechneten, sprich abgeschlossenen Baugesuchen. Das entspricht Fr. 442 Einnahmen pro Gesuch. Gemäss Gebührenreglement der Stadt Dübendorf sind die Gebühren, je nach Komplexität des Gesuchs, zwischen Fr. 350 und Fr. 7'400 anzusetzen. Nimmt man einen Mittelwert, z.B. Fr. 3'000, so müssten die Gebühreneinnahmen 2021 bei 362 abgerechneten Baugesuchen in der Grössenordnung von Fr. 1 Mio. liegen. Da scheint Einiges falsch zu laufen und diese Diskrepanz zwischen realistisch erzielbaren und effektiv erzielten Gebühreneinnahmen verlangt nach Aufklärung.

Gebührenpflichtige Dienstleistungen unterstehen grundsätzlich dem Kostendeckungsprinzip. Die SVP/EDU-Fraktion ist besorgt, dass hier in krasser Art und Weise auf potenzielle Einnahmen verzichtet wird, was schlussendlich zulasten des Steuerzahlers geht.

In der Antwort zur Frage 8 spricht der Stadtrat von einem aktuell wieder üblichen Niveau an offenen Baudepositen. Gemäss Geschäftsbericht waren es Ende 2021 751 Gesuche. Am 25.2.2021 waren es 779. In einem knappen Jahr konnten die Restanzen folglich lediglich um 28 verringert werden, womit der Stadtrat offensichtlich zufrieden ist.

Zur Frage nach der Bearbeitungszeit der Baugesuche kann der Stadtrat keine Angabe machen. Diese ungefähre Bearbeitungszeit zu kennen wäre m.E. ein wichtiges Führungsinstrument, insbesondere für die Einsatz-, respektive Ressourcenplanung.

Die Frage 11, ob der Fokus des Hochbauamts zu sehr auf gestalterischen Aspekten liegt, beantwortet der Stadtrat leider nicht.

Bei der Frage 13 ist dies ebenso der Fall, respektive es wird mehr oder weniger nur auf Projekte der öffentlichen Hand, nicht aber auf private Bauherrschaften eingegangen.

Die Antworten zur Interpellation bestätigen, dass in der Abteilung Hochbau bezüglich Transparenz der Zahlen und dem Verhältnis Aufwand zum Ertrag seit geraumer Zeit vieles im Argen liegt. Eine Aufarbeitung und Korrektur der Situation scheint überfällig. Auch wenn der Stadtrat mit seinen Antworten beim Interpellanten diesbezüglich wenig Euphorie aufkommen lässt, erwartet er doch, dass er endlich seiner Verantwortung entsprechend agiert."

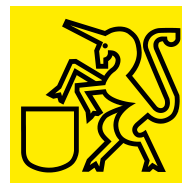
Stellungnahme Stadtrat

Keine

Diskussion

Patrick Schärli (Die Mitte/EVP)

"Die Mitte/EVP Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die ausführliche und offene Antwort zur gestellten Interpellation.



Der Stadtrat zeigt eindeutig den Willen Transparenz herzustellen – ganz im Gegenteil zur Vergangenheit bei der Abteilung Soziales. Der Stadtrat hat bereits viel gemacht, was ihm positiv anzurechnen ist. Er hat von Anfang an auf die Kritik der GRPK und des Gemeinderates reagiert und nicht gemauert. Die bis jetzt geschaffene Transparenz zeigt, dass im Hochbau vieles gut läuft. So wurden etwa die Pendenzen massiv reduziert und auf ein erträgliches Niveau gebracht.

Natürlich gibt es noch einiges zu tun, dies hat der Stadtrat ja auch nie verschwiegen oder abgestritten. Die Stadt wächst und die Komplexität der Aufgaben für die Verwaltung nimmt mit den sehr grossen Projekten und der steigenden Verdichtung noch weiter zu. Dass die Bautätigkeit sehr hoch ist, zeigt sich in der Jahresrechnung jeweils in den enorm hohen Einnahmen bei der Grundstückgewinnsteuer.

Durch die hohen Anforderungen braucht es die Zusammenarbeit und Unterstützung über die ganze Verwaltung hinweg bis und mit Finanz & Controlling Diensten. So ist unbedingt eine Vereinfachung des Abrechnungs-Systems anzustreben. Wir dürfen uns aber nicht der Illusion hingeben, dass eine allfällig andere Buchführung sich automatisch positiv auf die Finanzen auswirken wird.

Ob die angewandte Methode effektiv dem Bruttoprinzip entspricht, muss sicher noch mit der GRPK ausdiskutiert werden. Dabei muss neben der Arbeit der Stadtverwaltung auch unbedingt die Rolle des Gemeindeamtes und der Revisionsstelle bei der Beurteilung der Methode hinterfragt werden.

Die Mitte/EVP nimmt positiv zur Kenntnis, dass bei den Baugesuchen auf Qualität und Gestaltung geachtet wird. Dies ist im Interesse von uns allen. Es gibt in der Architektur leider mehr als genug Beispiele, wo dies nicht der Fall war und so Bausünden begangen wurden. Diese Aufgabe muss unbedingt von einem Fachgremium übernommen werden, dies können weder der Stadtrat noch die Verwaltung machen.

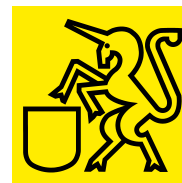
Für Die Mitte/EVP ist es essenziell, dass Gemeinderat und Stadtrat offen und konstruktiv zusammenarbeiten können. Wenn wir gemeinsam Transparenz in unklare Abläufe bringen wollen, muss unbedingt auf Polemik verzichtet werden, diese würde sich kontraproduktiv auswirken. Die Antwort des Stadtrates zeigt eindeutig, dass die politische Führung der Abteilungen entscheidend ist, wie mit Kritik umgegangen wird.

Zusammenfassend halten wir fest, dass der Stadtrat in der Aufarbeitung der Pendenzen im Hochbau auf dem richtigen Weg ist und wir hoffen, dass die vom Gemeinderat gewünschte Transparenz rasch hergestellt werden kann, sodass wir uns auf die gemeinsame Gestaltung von Dübendorf konzentrieren können."

Julian Croci (GP)

"Die Grüne Fraktion und die SP Fraktion bedanken sich beim Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Ebenfalls möchten wir uns bei der SVP für das Einreichen der Interpellation bedanken.

In der Interpellation wurden verschiedenste Fragen gestellt bezüglich der Finanzen und der Buchhaltung, dem grossen Pendenzenberg und der Stadtbildkommission. In diesem Votum möchte ich nur zwei, aus unserer Sicht zentrale Punkte, aufgreifen. Erstens zeigt sich am Umstand, dass sich ein so hoher Berg an abzuarbeitenden Pendenzen und Restanzen angehäuft hat, dass die Stadtverwaltung möglicherweise falsch dimensioniert ist. Nur durch das Schaffen einer Temporärstelle konnte die Abteilung der Flut an aufgestauten Gesuchen Herr werden. Jetzt bleibt zu hoffen, dass sich nicht sofort wieder ein Berg anhäuft und die Abteilung Hochbau bald wieder eine Temporärstelle braucht. Schlussendlich ist Dübendorf kein Dorf, sondern eine höchst dynamische Stadt. Mit Innovationspark und Verdichtung wird sich in Dübendorf in naher Zukunft sehr viel tun und die Stadt weiterwachsen. Jetzt muss dafür gesorgt werden, dass die Stadt dafür bereit ist. Dazu gehört auch,



dass die Verwaltung so dimensioniert ist, dass sie den mehr werdenden Aufgaben und den steigenden Anforderungen gerecht werden kann.

Der zweite Punkt betrifft konkret die Frage, wie Dübendorf in Zukunft aussehen soll. Fast schon verächtlich suggerieren die Interpellant*innen, dass das genau Hinschauen bei Baugesuchen und die Stadtbildkommission nur dazu da wären, Bauherren zu gängeln. Der Stadtrat entkräftet in seinen Antworten diese Vorwürfe. Die Grüne Fraktion und die SP Fraktion möchten hier insbesondere der Stadtbildkommission den Rücken stärken. Sie erfüllt die wichtige Aufgabe, das Ortsbild von Dübendorf zu schützen und spielt darum eine zentrale Rolle dabei, Verdichtung und Wachstum so zu gestalten, dass wir alle auch in Zukunft Dübendorf noch als Ort und Heimat wahrnehmen können und nicht nur als wild zusammengewürfelten Agglo Flickenteppich."

Das Geschäft 4/2022 ist damit abschliessend behandelt.

7. Dringliche Interpellation André Csillaghy (SP) und 9 Mitunterzeichnende «Flüchtlingshilfe Dübendorf» / Beantwortung GR Geschäft Nr. 12/2022

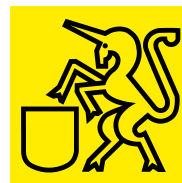
Interpellant André Csillaghy (SP)

"Im Namen der 9 Mitunterzeichnenden danke ich dem Stadtrat für seine Antwort auf die Interpellation zur Flüchtlingshilfe. Im Zusammenhang mit der Neuorganisation des Sozialbereichs rund um die neue Sozialkommission kommt dies gerade zur rechten Zeit. Leider ist es dringend, sich Gedanken zu machen, wie wir am besten Flüchtenden helfen können. Denn wir sehen, dass Kriege nicht der Vergangenheit angehören und Menschen immer noch buchstäblich von einem Tag auf den anderen fliehen müssen.

Aus der Beantwortung des Stadtrats erfahren wir, dass die europäischen Flüchtlinge von der Dübendorfer Bevölkerung sehr gut akzeptiert werden. Wir sind für die gute Aufnahme unendlich dankbar. Viele Privatpersonen haben sehr hilfreich reagiert, Menschen bei sich zu Hause aufgenommen und das Leid der Flüchtenden aus der Ukraine gelindert. Wir sind sehr froh, dass die Ukrainer mit offenen Armen empfangen wurden.

Ein solcher Empfang setzt eine gewisse Erwartung voraus, dass die Stadt mitspielt und auch ihren Teil dazu beiträgt. Diese Erwartung ist heute höher als damals, als es sich um Menschen aus fernen Ländern handelte. Doch die Unterstützung der Stadt für die Flüchtlingshilfe darf nicht von der Herkunft abhängen. Kriege sind grausam, egal ob sie vor unserer Haustür oder in weiter Ferne liegen. Deshalb müssen wir uns jetzt der Herausforderung stellen und unsere Konzepte für die Flüchtlingshilfe überdenken. Dübendorf muss darauf vorbereitet sein, die vom Bund festgelegte Anzahl Flüchtende angemessen aufzunehmen. Dafür ist ein menschenwürdiges Unterbringungsangebot von entscheidender Bedeutung. Die Beantwortung des Stadtrats zeigt, dass wir angesichts unserer bewegten Vergangenheit noch nicht ganz bereit sind.

Auch wenn das Angebot an privater Hilfe extrem erfreulich ist, dürfen wir nicht vergessen, dass die Flüchtlingshilfe eine kommunale Aufgabe ist. Damit soll sichergestellt werden, dass es keine unterschiedlichen Klassen von Flüchtenden gibt. Wir müssen den von der Zivilgesellschaft ausgehenden Schwung nutzen, um unsere Infrastruktur auszubauen. Ein zentraler Grund dafür ist die Dauer. Ein Krieg dauert fast immer länger, als wir uns zunächst vorstellen können. Wir können nicht erwarten, dass Privatpersonen jahrelang Menschen bei sich zu Hause aufnehmen, das wäre eine Zumutung. Es gab bereits mehrere Fälle, in denen Privatpersonen aufgeben mussten, weil sie ihre Fähigkeiten überschätzt hatten.



Aus der Beantwortung erfahren wir, dass wir derzeit etwa 75 Personen haben, die noch keinen offiziellen Platz haben. Das ist eine hohe Zahl. Wir können nicht davon ausgehen, dass es für diese Personen genügend private Plätze geben wird. Die privaten Angebote werden eher zurückgehen, während die Menschen auf der Flucht fast sicher weiterhin kommen werden.

In der Beantwortung wird angegeben, wie viele Zimmer für die Flüchtlingshilfe zur Verfügung stehen. Die Gesamtzahl der Plätze ist nicht ganz klar, da nicht die Plätze angegeben werden, sondern Zimmer, Wohnungen, Einfamilienhäuser und Mehrfamilienhäuser, und es ist nicht bekannt, welche Plätze bereits von anderen Asylsuchenden belegt sind.

Im Bericht der Administrativuntersuchung vom Januar dieses Jahres erfuhren wir, dass die Qualität vieler Unterkünfte nicht gut ist. Die Beantwortung führt uns nun zu der Annahme, dass die prekäre Situation an der Zürichstrasse normalisiert wurde, was eine überraschend gute Nachricht ist (allerdings nur bis Februar 2023). Wir betrachten es als positiv, dass es eine Unterkunft nur für Frauen gibt. Im Bericht der Administrativuntersuchung wird jedoch von weiteren Unterkünften geschrieben, die sich in einem «desolaten» und «miserablen» Zustand befinden.

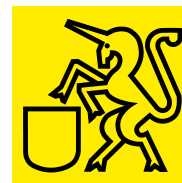
Wir sind besorgt über potenzielle neue Angebote, die sich nur an ukrainische Flüchtlinge richten. Wie bereits erwähnt: Wir sollten nicht mehrere Kategorien von Flüchtenden schaffen. Wir sollten uns fragen, ob wir wirklich Mietverträge machen wollen, die in diese Richtung gehen. Ich finde es sehr unfair, dass manche Menschen bessere Unterkünfte haben als andere. Damit meine ich nicht, dass die ukrainischen Flüchtenden schlechtere Unterkünfte bekommen sollen, sondern dass die Unterkünfte, die desolat und miserabel sind, von der Liste der Unterkünfte gestrichen und ersetzt werden sollten.

Damit berühren wir die politische Dimension der Herausforderung. Welche Qualität wollen wir hinter der Flüchtlingshilfe in Dübendorf etablieren? Wenn wir nach menschenwürdigen Wohnbedingungen fragen, antwortet die Stadt mit dem Begriff zumutbar, bescheiden. Von allen Seiten verwenden wir subjektive Begriffe, die für die einen und die anderen jedoch ganz unterschiedliche Dinge bedeuten. Die Beantwortung der Interpellation sagt es uns: Wir haben keine Person in dieser Stadt, die für eine objektive Messung der Qualitätssicherung zuständig ist. Sollten wir nicht versuchen, einen objektiven Massstab zu finden, auf den wir uns einigen können? Ohne ein solcher Massstab werden wir uns immer darüber streiten, ob eine bestimmte Wohnung ein Ghetto oder ein 5-Stern-Hotelzimmer ist. Übrigens wäre dieser Massstab auch bei Notunterkünften sehr hilfreich, denn wir wissen, dass es auch hier eine Baustelle gibt.

Damit kommen wir natürlich zu der Frage, ob die Flüchtlingshilfe komplett an ein Unternehmen ausgelagert werden soll. Die Stadt delegiert zwar den Bereich an ORS, legt aber selbst keinen Massstab für die Qualität der Leistung fest. Die Verantwortung für die Qualitätssicherung sollte bei der Stadt liegen und nicht vom Unternehmen quasi frei bestimmt werden können. Andernfalls, um es drastisch auszudrücken, waschen wir unsere Hände in Unschuld und können den gesamten Bereich quasi vergessen. Das ist äusserst paradox, wie man in einer Krisensituation wie heute sehen kann. Mit dem Krieg steigt die Verantwortung der Stadt für die Aufnahme von Flüchtenden und es wäre notwendig, das Know-how in diesem Bereich bei uns zu haben, um die richtigen Entscheidungen über den Erwerb neuer Unterkünfte zu treffen. Eine breitere Schnittstelle zwischen der Stadt und der ORS ist notwendig. Vielleicht könnte sich die neue Sozialkommission damit befassen?

Gerne lesen wir in der Antwort des Stadtrats, dass ein Konzept für Liegenschaften, die für Asyl und Notunterkünfte bestimmt sind, erarbeitet wird. Dieses Dokument ist sehr wichtig, um zu definieren, was wir in Zukunft wollen. Ich hoffe sehr, dass wir uns im Gemeinderat auch einbringen werden können.

Schliesslich kommen wir zum Punkt, der immer heikel ist: die benötigten finanziellen Mittel. Und hier schliesst sich der Kreis. Es scheint, dass man derzeit auf die Bevölkerung angewiesen ist, um den Menschen auf der Flucht akzeptable Lebensbedingungen zu bieten. Wenn es, wie es in der Antwort heisst, so weit kommt, dass eine Zivilschutzanlage für die Unterbringung benötigt wird, dann haben wir die Grenze des Zumutbaren längst überschritten. Wir möchten ausdrücklich betonen, dass wir



keinesfalls akzeptieren sollten, unterirdische Schutzräume zur Unterbringung zu nutzen. Wir verfügen über finanzielle Mittel. Es gibt bessere Möglichkeiten als Schutzräume für die Unterkünfte von Menschen.

Wie man sieht, läuft uns die Zeit davon. Wir gehen davon aus, dass im Herbst noch mehr Menschen kommen werden. Wir fordern, dass sichergestellt wird, dass genügend Raum bis Herbst besteht, es darf auch etwas kosten. Dübendorf muss vorbereitet sein, agieren, statt reagieren."

Stellungnahme Stadtrat

Keine

Diskussion

Orlando Wyss (SVP/EDU)

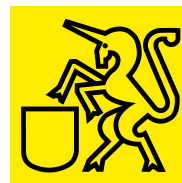
"Der Ukraine-Krieg gibt unseren linken Freunden im Gemeinderat die Gelegenheit, sich in der alten Legislatur nochmals mit dem Sozialamt auseinanderzusetzen. Die Fragen zu der Situation im Asylbereich von Dübendorf sind sicher interessant und es ist beruhigend zu erfahren, dass der Stadtrat Dübendorf das Asylwesen im Griff hat. Auch ist interessant zu erfahren, dass der Bezirksrat das Verfahren zur Ausschreibung und Vergabe des Auftrags im Asyl- und Flüchtlingswesen als erledigt abgeschlossen hat. Dass mit der Flüchtlingswelle aus der Ukraine zusätzliche Kosten auf uns zukommen, dürfte niemanden überrascht haben. Wie aus den Antworten des Stadtrates zu entnehmen ist, sind wir in Dübendorf für die Herausforderungen im Asylbereich gerüstet. Ich gehe davon aus, dass zukünftig keine Interpellationen zum Thema Sozialamt von linksgrüner Seite mehr eingereicht werden. Ohne ein grosser Prophet zu sein, gehe ich davon aus, dass von diesen Gemeinderatsmitgliedern die zukünftigen Fragen an der Fraktionssitzung direkt ihrem Stadtratsmitglied gestellt werden können. Sofern in der neuen Legislatur nicht von anderer Seite Fragen oder Anregungen kommen, sollten wir es in diesem Bereich erheblich ruhiger haben als bisher.

In diesem Sinne danke ich dem Stadtrat für die interessanten Antworten und wünsche dem neuen Sozialvorstand, wer immer es dann werden sollte, gutes Gelingen und viel Glück und Befriedigung im Amt."

Stefanie Huber (glp/GEU)

"Wir haben den von André Csillaghy erwähnten Bericht erst Ende Januar diesen Jahres hier besprochen. Der Stadtrat sagt damals klar, dass er seine Aufgaben kennt und er sie angehen wird. Wir haben jetzt Ende Mai, ich glaube, es wäre vermessen zu erwarten, dass jetzt schon alles umgesetzt ist. Und selbst eine Notsituation wie jetzt kann man nicht vorhersehen und kann man nicht sofort alles dafür machen. Von daher – würde ich sagen – sind wir dankbar für alles. Danke auch an die Privaten an dieser Stelle nochmals. Aber warum man jetzt darauf verzichten sollte, Verträge zu unterschreiben, die jetzt eben nur für Ukrainer und Ukrainerinnen gelten im Moment, sehe ich nicht. Ich glaube, wir müssen dankbar sein, dass wir jetzt würdevolle Unterkünfte haben. Wir sind uns vermutlich alle einig, dass Zivilschutzunterkünfte nicht ideal sind und dass wir das nicht wollen. Aber ich glaube auch, dass wir mit solchen Interpellationen dem Stadtrat und der Verwaltung nicht wirklich Zeit lassen, ihre Arbeit zu machen. Ich glaube, wir müssen einen Weg finden, diese Fragen so zu stellen, dass man die Verwaltung nicht damit beschäftigt, sondern sie arbeiten lässt.

Ich persönlich würde dem Stadtrat aber auch mit auf den Weg geben, nicht erst in der nächsten Legislatur, sondern möglichst bald, vielleicht seine Kommunikation ein wenig offener zu gestalten. Ich bin mir bewusst, dass die Ressourcen knapp sind, gerade in der aktuellen Situation. Aber es darf auch einmal ein Werkstattbericht vom Stadtrat erscheinen. Ihr müsst nicht immer schon die perfekten Lösungen haben. Aber ich glaube, es gibt nicht nur hier drinnen, sondern auch in der Bevölkerung ein Bedürfnis zu wissen, dass man am Thema dran ist. Und manchmal hilft es einfach zu sagen, dass



man das Menschenmögliche macht. Das hilft, um die Leute zu beruhigen, dass man daran ist. Das würde vielleicht einfach auf der anderen Seite auch ein paar Vorstösse unnötig machen. Aber ich glaube, wir müssen alle daran arbeiten, dass die Verwaltung und die Stadträte arbeiten können und wir uns vielleicht auch gedulden. Und ich glaube, es war auch wieder in dieser Antwort enthalten: Man ist dabei, man will ein langfristiges Konzept. Aber jetzt lasst sie doch vor allem erst einmal arbeiten, dass in dieser Situation das Nötige auch bereitgestellt werden kann."

Julian Croci (GP)

"Wir sehen durchaus ein, dass der Stadtrat nicht von heute auf morgen 20 Jahre versäumte Politik in der Sozialbehörde wegmachen kann. Das ist uns klar. Aber wenn man sieht, wie man bei anderen Geschäften ab und zu schnell und agil handeln kann, vermissen wir doch ein bisschen, dass man dort auch nicht etwas macht in der Unterbringung von diesen Asylsuchenden aus der Ukraine. Und noch etwas: Dankbar sein kann man in der Kirche, aber ich glaube, wir müssen nicht dem Stadtrat dafür dankbar sein, dass er jetzt nach 20 Jahren anfängt oder angefangen hat den Saustall aufzuräumen."

Das Geschäft 12/2022 ist damit abschliessend behandelt.

Einwände gegen die Verhandlungsführung

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht.

Gemeinderatspräsident Ivo Hasler (SP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann.

Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von übergeordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

Schlussbemerkungen Gemeinderatspräsident Ivo Hasler (SP)

Das Büro des Gemeinderates wird an seiner Sitzung vom 13. Juni 2022 die Traktandenliste für die Gemeinderatssitzung vom 27. Juni 2022 festlegen.

Damit ist die 32. Sitzung des Gemeinderates der Legislaturperiode 2018-2022 geschlossen



Schluss der Sitzung: 20:22 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls

Edith Bohli
Gemeinderatssekretärin

Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Ivo Hasler
Gemeinderatspräsident

Oliver Kellner
Stimmenzähler

Angelika Murer Mikolasek
Stimmenzählerin

Bruno Eggenberger
Stimmenzähler